

Mittwoch (Vormittag), 4. März 2020 / Mercredi matin, 4 mars 2020

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion / Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration

18 2018.GEF.842 Bericht RR

«HebammenRuf – Reduktion von Gesundheitskosten dank eines professionellen zweisprachigen Kurzberatungsangebots und Vermittlungsteams für den gesamten Kanton Bern» Bericht des Regierungsrates zur Motion 149-2017 de Meuron (Thun, Grüne)

18 2018.GEF.842 Rapport CE

Sages-femmes : réduction des coûts de santé grâce à une offre professionnelle de conseil et de suivi en deux langues pour tout le canton. Rapport du Conseil-exécutif concernant la motion 149-2017 de Meuron (Thoune, Les Verts)

Präsident. Wir kommen zum nächsten Traktandum, beziehungsweise kommen wir jetzt wieder zurück zu Traktandum 18. Ich bin nicht sicher, ob sie noch da sind. Ich hätte eine zweite Gruppe zu begrüssen vom Gymnasium Interlaken, die schon seit 9 Uhr hier ist. Ist das so? Sitzen sie dort hinten irgendwo, oder doch nicht? – Nein, sie sind nicht da, dann begrüsse ich sie auch nicht. Entschuldigen Sie. – Traktandum 18, «HebammenRuf», ein Bericht des Regierungsrates. Es geht um eine Kenntnisnahme. Ich gebe der Kommissionssprecherin Andrea de Meuron das Wort.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne), Kommissionssprecherin der GSoK. Der vorliegende Bericht zeigt einen sehr guten Überblick über die Situation, nicht nur im Kanton Bern. Es gilt als Erstes, der Verwaltung einen grossen Dank für die fundierte Arbeit auszusprechen. Gerade vor dem Hintergrund der immer kürzer werdenden Hospitalisationsdauern nach der Geburt oder einem Kaiserschnitt, ist eine frühzeitige Vermittlung und Organisation der Wochenbettbetreuung zentral. Seit der Einführung der Fallkostenpauschalen werden Frauen in der kritischsten Phase des Wochenbetts nach durchschnittlich 3,7 Tagen entlassen. Eine vertraute, kompetente und kontinuierliche Hebammenbetreuung hilft, Komplikationen und Gefährdungen von Kind und Mutter nicht nur rasch, sondern auch vor der Geburt früh zu erkennen, Abhilfe zu leisten, und nicht zuletzt beim Wochenbett auch kostspielige Rehospitalisationen zu verhindern. Hebammen oder spezialisierte Pflegefachpersonen tragen so massgeblich zur Prävention und somit auch zu einer Kostenreduktion bei. Deshalb ist es denn auch sehr erfreulich, im Bericht zu lesen, dass im Kanton Bern ein umfassendes Betreuungsangebot für werdende Eltern und Wöchnerinnen existiert und einzelne regionale Vermittlungszentralen und eine nationale Onlineplattform für die Suche nach Hebammen das Angebot abrunden. Das dürfte denn wohl auch mit ein Grund sein, dass im Kanton Bern 83 Prozent aller Wöchnerinnen durch eine frei praktizierende Hebamme betreut werden.

Doch diese Zahl darf jetzt nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir im Kanton Bern damit noch unter dem schweizerischen Schnitt von 94 Prozent liegen. Die Gründe für diese Unterschreitung vermutet die Sektion Bern des Schweizerischen Hebammenverbands (SHV) gemäss Bericht in der fehlenden koordinierten Vermittlung von frei praktizierenden Hebammen und dem fehlenden Wissen über die Übernahme von Hebammenleistungen im Rahmen der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) während der Mutterschaft. Es mangelt also nicht nur aus Sicht des Kantons an Angeboten, sondern vor allem an der fehlenden Koordination und Kommunikation der fragmentierten Angebote. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass der Kanton nicht noch ein zusätzliches telefonisches Vermittlungsangebot für Eltern und Fachleute als nötig erachtet, sondern viel mehr ein Konzept, wie die bestehenden Angebote gestärkt und besser bekannt gemacht werden können. Angebote wie «Familystart» der Kantone beider Basel und des Kantons Zürich in Form von niederschweligen Angeboten und Vermittlung, auch für Spitäler und Fachleute, liefern da gute Beispiele. Weiter ist die im Bericht erwähnte Onlineplattform zur Vermittlung frei praktizierender Hebammen des SHV ein zentrales Element für die Vermittlung, und es wäre wünschenswert, wenn alle Hebammen und spezialisierten Fachpersonen dort erfasst würden.

So hat gemäss Bericht eins von fünf Kindern keine Hebamme. Sie sind bis zur achten Lebenswoche zuständig. Gerade bei besonders vulnerablen Gruppen wäre es eminent wichtig, Probleme möglichst früh erfassen zu können und entsprechendes Handeln einzuleiten. Es braucht weiter eine engere Zusammenarbeit zwischen den Hebammen und der Mütter- und Väterberatung (MVB), damit ein nahtloser Übergang von der Wochenbettbetreuung zur frühen Gesundheitsförderung sichergestellt wird. Und da besteht noch Potenzial und Aufholbedarf. Doch gefordert sind jetzt die Verbände, also die Sektion Bern des SHV und des MVB. Es ist erfreulich, festhalten zu können, dass diese Verbände für den Bericht auch angehört wurden. Auf Nachfrage bei den Verbänden sind die nötigen Arbeiten am Laufen. Sie prüfen Zusammenarbeitsstrukturen auf der Basis des Konzepts «Übergabe freipraktizierende Hebammen an MVB BE», das vom SHV und der MVB in den Jahren 2014 und 2015 entwickelt wurde. So sollen die bisherigen Erfahrungen mit diesem Konzept aus der Praxis evaluiert werden, mit dem Ziel, das bestehende Konzept weiterzuentwickeln und eine koordinierte Begleitung von Familien von Anfang an sicherzustellen und insbesondere in sensiblen Übergangssituationen eine gute Zusammenarbeit zwischen den Anbietern zu gewährleisten. Dies zugunsten einer guten Gesundheitsversorgung von jungen Familien. Vor diesem Hintergrund haben wir in der Kommission denn auch auf Planungserklärungen verzichtet, und die Kommission empfiehlt Ihnen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Jetzt würde ich mir erlauben, noch die Haltung der Fraktion Grüne wiederzugeben. *(Der Präsident zeigt sich einverstanden. / Le président indique qu'il est d'accord.)* – Vielen Dank. Auch die Fraktion Grüne schliesst sich der Haltung der Kommission an. Wir haben es gehört: Es mangelt nicht an Angeboten, aber es braucht eben unbedingt die bessere Koordination zwischen den Akteuren und Akteurinnen in diesen stark fragmentierten Angeboten. Sicher sind die jetzt einmal selbst gefordert. Aber auch hier ist wichtig, festzuhalten, dass ein Blick auf andere Kantone zeigt, dass diese sehr wohl auch mithelfen, entsprechende Angebote zu unterstützen, und das auch finanziell. Da denke ich nicht nur an das Angebot, das erwähnt wurde und im Bericht steht, «Familystart», das durch einen Leistungsvertrag, auch mit den Spitälern, finanziert wird und vor allem auch kurzfristige Wochenbettbetreuung vermittelt, in Basel übrigens auch telefonisch. Weiter unterstützen die Kantone Genf, Neuenburg, Waadt und Tessin entsprechende Vermittlungsangebote. Es ist also im Kanton Bern schon noch Optimierungsbedarf vorhanden, und wir sind deshalb schon froh, dass die beiden Verbände aktiv sind und das bestehende Konzept weiterentwickeln wollen.

Ganz wichtig ist aber auch, festzuhalten, dass der Kanton Bern bei Bedarf seine Unterstützung signalisiert hat. Denn diese wird wichtig sein, so zum Beispiel auch bei der Verbesserung der Onlineplattform, bei der sinnvollerweise nicht jeder Kanton für sich schaut, sondern bei der man zusammenarbeitet, mit dem Ziel, dass eben alle spezialisierten Fachpersonen erfasst sind. Weiter wäre es aus Sicht der Fraktion Grüne wünschenswert, dass bei den entsprechenden Leistungsverträgen und Zielen im Handlungsfeld Früherkennung eine koordinierte gemeinsame Übergabe der frei praktizierenden Hebammen an die MVB bei den belasteten Familien geregelt und so ein nahtloser Übergang gewährleistet wird. Betreffend die vertrauliche Geburt sind wir froh, kommt eine Gesetzesanpassung. Denn auch dort wird es wichtig sein, diese Möglichkeit zu kommunizieren. So können wir vielleicht auch tragische Fälle, wie diejenigen in Därstetten, verhindern. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* – Komme ich gerne. Das wäre ethisch unbedenklicher, als die Babyklappe. Das wird immer wieder ein Thema sein. Wir Grüne werden den Bericht zur Kenntnis nehmen und betrachten die überwiesenen Ziffern 1–3 als erfüllt.

Die Gebärdendolmetscherinnen verlassen den Saal. / Les interprètes en langue des signes quittent la salle.

Präsident. Wir befinden uns in einer reduzierten Debatte. Deshalb hat sie auch deklariert, ab wann es ein Fraktionsvotum war, damit wir gleich anschliessen konnten. Sie haben 2 Minuten. Ich erlaube mir, obwohl es jetzt wieder besser ist, auf eine leichte Unlogik in Ihrem Verhalten hinzuweisen. Vorhin, als die Gehörlosen da waren, hätte es niemanden gestört, wenn es ein Geschwätz gewesen wäre. Sie waren noch nie so ruhig, wie während dieser Debatte und haben nur ganz leise miteinander getuschelt. Und kaum ging es mit der nächsten los, hat auch gleich das Geschwätz wieder begonnen. Darin liegt eine leichte Unlogik. Aber, wie gesagt, ist es ja jetzt wieder besser. Vielen Dank. – Ursula Zybach hat für die SP-JUSO-PSA das Wort.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Ich möchte mich im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion bedanken für den ausführlichen Bericht, der geschrieben wurde, auch für die Befragungen, die man gemacht hat. Ich denke, es gibt einen sehr guten Überblick, was im Kanton Bern im Moment an Angeboten vorhanden ist. Und es zeigt, dass wir viele gute, tolle Angebote haben. Es zeigt aber eben auch die Problematik, die es gibt, nämlich: Wer weiss, wann wo was mit wem? Wo müsste man fragen? Wo ist was wirklich verfügbar? – Ich bin sehr froh, wenn sich die Verbände da wirklich dahinter machen, besser zu koordinieren, zu schauen, wie man eben auch Freiberufliche einbinden kann. Wie kann man vielleicht auch Organisationen einbinden, die es nicht auf kantonaler Ebene gibt? – Ich denke hier zum Beispiel an die Stillstiftung Schweiz. Es gibt aber auch andere Organisationen, die ganz viel Tolles liefern und die nicht im Kanton Bern ansässig sind. Es wäre gut, wenn man sie gleichwohl in die Thematik einbinden würde. Wichtig ist eben auch, und das liegt ein wenig in der Natur der Sache: Kinder hat man einmal, zweimal, dreimal, und dann ist es einmal vorbei. Das heisst, es gibt immer wieder neue Zielgruppen, die wissen müssen, wo sie welche Informationen finden. Wenn man das immer selber suchen muss, verliert man sehr viel. Das heisst, es braucht auch gute Strukturen, wie man das systematisch finden kann, respektive das Umgekehrte: Wie finden die Angebote auch ihre Kundinnen und Kunden? – Ich wünsche den Fachkräften, den Organisationen, die sich dahinter machen, das im Kanton Bern zu optimieren, viel Erfolg. Ich kann Ihnen sagen: Wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion nehmen diesen Bericht zur Kenntnis und werden diese Motion abschreiben.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Wir von der EVP-Fraktion haben uns schon immer für gelingendes Leben und auch für den Schutz des Lebens eingesetzt. Wir freuen uns deshalb sehr über das gute Fazit, das der Bericht eigentlich zutage bringt. Jetzt, um nur ein paar Beispiele zu nennen: Im Kanton Bern sind immerhin 83 Prozent aller Wöchnerinnen schon heute erreicht, und sie werden durch frei praktizierende Hebammen betreut, in dieser doch manchmal schwierigen, aber zumindest für alle wichtigen Familienphase. Im Bericht kam heraus, dass es eine Abgrenzung gibt, die meistens gut ist, und gleichzeitig auch eine gute Schnittstellenbewirtschaftung, einerseits zwischen den Hebammen, die ja die Wochenbettbetreuung machen, und andererseits der MVB, welche anschliessend die Gesundheitsförderung im weiteren Sinn macht.

Es gibt im Kanton Bern auch mehrere, verschiedene telefonische Beratungen, teils kostenlos und zu Bürozeiten, aber zum Teil auch kostenpflichtig, dafür an 365 Tagen. Es gibt ein vielfältiges Angebot für Eltern und auch Fachpersonal, und sogar auch für spezifische Fragestellungen, zum Beispiel rund ums Stillen. Wir haben ein kleines Aber. Es gibt aber auch Handlungsbedarf. Den sehen wir nicht auf kantonaler Ebene, sondern vor allem bei den verschiedenen involvierten Akteuren. So muss zum Beispiel das Onlineregister der Hebammen ausgebaut werden. Das kam ganz klar heraus. Es braucht dort eine Professionalisierung. Es braucht die Einbindung von anderen medizinischen Fachpersonen und auch Hebammen, die vielleicht nicht ihrem Verband angehören. Es braucht aber auch diesen Notfalldienst. Er muss unbedingt institutionalisiert werden, und er trägt sicher auch zu diesem flächendeckenden Kurzberatungsangebot bei et cetera. Wir von der EVP sehen Handlungsbedarf bei diesen 17 Prozent Wöchnerinnen, die nicht erreicht und nicht betreut werden. Dort sehen wir noch Handlungsbedarf. Die EVP-Fraktion nimmt den Bericht aber zur Kenntnis, und wir danken dem Regierungsrat für die guten Abklärungen.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP). Die BDP-Fraktion nimmt zu diesem Bericht wie folgt Stellung und dankt der Verwaltung für diesen guten Bericht: Er basiert auf der Motion de Meuron (*M 149-2017*), die als Postulat überwiesen wurde. Mit dem Kürzerwerden der Spitalaufenthalte nach Geburten wurde die ambulante Wochenbettbetreuung zunehmend wichtiger für die Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern. Dieser Bericht soll zeigen, dass die Beratung und Information im Wochenbett sichergestellt werden. Der Bericht erläutert aber auch, dass sehr viel schon gemacht und da ist. Die Vermittlung, die Beratung mit mehreren Angeboten, wie Onlineplattform oder telefonischer Vermittlung, ist vollzogen. Auch wird aufgezeigt, was der Kanton Bern macht und was man in anderen Kantonen wie macht. Man konnte auch lesen, wo was noch optimiert und effizienter koordiniert werden könnte. Als Fazit sehen wir Verbesserungsvorschläge, aber es braucht nicht ganz neue Angebote. Die BDP ist mit diesem Bericht zufrieden, nimmt ihn so zur Kenntnis und erachtet damit auch das Postulat als erfüllt.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Ich kann es sehr kurz machen, nachdem was jetzt alles gesagt wurde. Ich kann dem allem zustimmen. Auch die glp findet, das sei ein sehr guter und umfassender Bericht, der jetzt einmal gemacht wurde, in einem Gebiet, das, wie ich in meinem

Votum zur zugehörigen Motion (M 149-2017) schon gesagt habe, sehr fragmentiert ist. Es hat viele einzelne Angebote. Dort als schwangere Frau zu merken: «Welches sind meine Bedürfnisse? Was brauche ich wann, in welchem Zeitrahmen der Schwangerschaft und nach der Geburt?», das ist jetzt einmal auf dem Tisch. Jetzt geht es nach wie vor darum, das besser zu koordinieren. Ich kann nur noch zu einem Projekt, das übrigens vom Kanton finanziert wird, sagen – es ist «Mama-mundo» –, dort geht man genau auf sensible Personen zu. Das sind Asylanten, Migranten aus Eritrea, aus Afrika. Dort arbeitet man zum Beispiel mit Peers, mit Leuten, die ihnen das in ihre Landessprache übersetzen. Es sind heikle Themen, wie zum Beispiel die Dammassage als Prophylaxe gegen einen Dammriss bei der Geburt zu machen. Ich kann Ihnen sagen, dass das für solche Kulturen heikle Themen sind. Man versucht, das mit diesem Peer-Ansatz zu übermitteln. Ich finde alle Angebote gut. Bloss sollte die Koordination noch besser werden. Auch die glp nimmt diesen Bericht zur Kenntnis, und gleichzeitig akzeptieren wir die Abschreibung der Motion (M 149-2017).

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP). Ich verzichte auch darauf, noch einmal alles zu wiederholen, was zu diesem Bericht schon gesagt wurde. Zum Postulat, das ja vom Grossen Rat angenommen wurde (M 149-2017), wurde ein umfangreicher Bericht erstellt, und dafür sind wir auch sehr dankbar. Ich äussere mich zu ein paar Aussagen. Die Aussage, dass im Kanton Bern ein grosses und umfangreiches Beratungsangebot existiert, stimmt nur teilweise, und vor allem ist das sicher richtig für die Stadt und Agglomeration. Vertraute, fachkompetente Betreuung im Wochenbett ist manchmal auch ein wenig Glückssache, je nachdem, wo die Wöchnerinnen wohnen. In Regionen, in denen es keine stationäre Geburtshilfe mehr gibt, fehlen die benötigten Hebammen, und die Frauen sind auf sich selbst gestellt. Das ist unter anderem ein Grund, weshalb wir in meiner Region Simmental-Saanenland das Geburtshaus «Maternité Alpine» gegründet haben. Wenn unsere Region auf die freischaffenden Hebammen angewiesen wäre, um die ganzen Frauen zu betreuen, hätten wir ganz klar eine unterversorgte Region. Die Aufnahme durch den Notfalldienst eines Spitals ohne Geburtshilfe, also ohne qualifiziertes Personal für Mutter und Kind, geht nur dann, wenn es um Leben und Tod geht, aber nicht um Betreuung, und vor allem nicht um die Betreuung der Wöchnerinnen. Ich gebe Ihnen gerne ein Beispiel, was es für eine Region bedeutet: In unserer Region haben wir 2019 608 Wochenbettbetreuungen gemacht, inklusive Stillberatung. Wir haben rund 15 000 Kilometer zurückgelegt und wurden mit 60 Rappen pro Kilometer entgolten. Der Zeitaufwand betrug 110 Minuten und ergab 72 Franken. Sie sehen ein wenig den Aufwand. – Das Mikrofon blinkt. Ich und die SVP teilen die Meinung, dass es kein neues Gefäss braucht. Aber wir brauchen eine Vernetzung des Angebots via Onlineplattform. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Ich komme zum Schluss. Andere Kantone verknüpfen zum Beispiel Angebote der MVB mit den Hebammen. Ich denke, das wäre auch im Kanton Bern möglich. Das würden wir sehr begrüßen. Die SVP stimmt der Kenntnisnahme dieses Berichts einstimmig zu.

Marianne Teuscher-Abts, Roggwil BE (FDP). Auch ich wiederhole nicht alles. Die eingereichte Motion «HebammenRuf» (M 149-2017) wurde vom Grossen Rat als Postulat angenommen. Die Motionäre machen geltend, dass eine fachkompetente Information, Beratung und Betreuung durch Hebammen wichtig sei. Der Regierungsrat hat für dieses Postulat eine vertiefte Abklärung gemacht. Er hat auch aufgezeigt, wie die Situation in anderen Kantonen aussieht. Das haben Sie im Anhang sehen können. Da haben Sie auch gesehen, dass der Kanton, verglichen mit anderen Kantonen, sehr viel macht. Die Regierung kommt zum Schluss, dass es im Kanton Bern bereits zahlreiche Beratungsangebote und Vermittlungsstellen gibt. Somit sind Punkt 1 und 2a der Motion erfüllt, indem bereits heute über 80 Prozent der Wöchnerinnen und Neugeborenen durch Hebammen betreut werden. Punkt 2b ist auch erfüllt. Es bestehen bereits zahlreiche Angebote für Eltern und Kinder, und für den Kanton besteht kein Handlungsbedarf. Punkt 2c: Da geht es um die Zusammenarbeit der Hebammen mit der Mütter- und Väterberatung. Sie existiert heute schon, könnte aber noch intensiver werden. Deshalb ist Punkt 2c auch erfüllt. Punkt 3: Die Notwendigkeit eines telefonischen 24-Stunden-Beratungsangebots ist gemäss kantonaler Abklärungen und Erfahrungen in anderen Kantonen nicht gegeben. Es gibt ein flächendeckendes Register für die Suche nach Betreuungspersonen. Schlussfazit: Wie bereits gesagt, sieht der Kanton Bern keinen Handlungsbedarf. Die FDP folgt der Antwort der Regierung. Wir werden den Bericht zur Kenntnis nehmen und das Postulat (M 149-2017) abschreiben.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass ich der einzige männliche Fraktionssprecher zu diesem Thema sei. Ich kann zu meiner Verteidigung immerhin

anführen, dass ich bei vier Geburten live dabei war. Die EDU-Fraktion hat das Postulat der Kollegin de Meuron (*M 149-2017*) damals auch mitunterstützt und ist auch heute noch der Ansicht, dass es sich gelohnt hat, dass die GSI diesen Bereich überprüft hat. Aufgrund des Berichts und der Ausführungen in der Kommission haben wir aber, wie andere auch, feststellen können, dass es im Angebot keine grossen Lücken gibt, die man schliessen müsste. Es besteht in dieser Hinsicht für den Kanton Bern kein Handlungsbedarf. Handlungsbedarf besteht aber bei den Fachverbänden und den übrigen Akteuren, die zu wenig koordiniert und vernetzt sind. Es ist zu hoffen, dass man mit diesem Bericht den Akteuren einen Anstoss geben konnte, die sich neu organisieren und professionalisieren müssten. Die EDU-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für den Bericht und wird ihn zur Kenntnis nehmen.

Präsident. Wir sind am Ende der Debatte. Das Wort hat Regierungsrat Pierre Alain Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. Cette thématique devrait être traitée en présence de la médecin cantonale qui aujourd'hui est absente. Vous le comprendrez que son emploi du temps, surchargé par le virus actuel, ne lui permet pas d'être là et j'aimerais à cette occasion la remercier tout particulièrement pour son engagement, ainsi que tout son team, mais également l'Organe de conduite cantonale (OCCant) et tout le team de communication du canton qui est mis sous une très forte pression en ce moment. (*Applaudissements du milieu de la salle du Grand Conseil. / Applaus aus der Ratsmitte.*) Dans le canton de Berne, 83 pour cent des accouchées sont prises en charge par une sage-femme indépendante. Ces chiffres sont de 2015. Il s'agit des données qui étaient les plus récentes en notre possession au moment de l'élaboration de ce rapport. D'ores et déjà existe tout un éventail d'offres de conseils couvrant les besoins de la population. Le personnel spécialisé des maternités estime plutôt nécessaire de bénéficier de services de mise en relation que d'offres de conseils supplémentaires. La plateforme nationale de la Fédération suisse des sages-femmes (FSSF) qui permet de rechercher en ligne des sages-femmes pouvait être plus conviviale. Il s'agit de mieux pouvoir coordonner les offres existantes et de mieux les faire connaître auprès des intermédiaires. Les tâches de la section bernoise de la FSSF sont de participer au développement de la plateforme nationale – ce qui serait le plus indiqué –, ou, si tel n'est pas possible, à la création d'une nouvelle plateforme cantonale de mise en relation. La proportion de femmes bénéficiant d'un suivi post-partum organisé pourrait peut-être encore être augmentée au moyen d'une plateforme nationale de mise en relation exhaustive et multilingue. Le Conseil-exécutif vous invite donc à prendre connaissance du rapport et de classer l'intervention 149-2019. Merci de votre attention.

Präsident. Wir haben versucht, die Stimmenzählenden telefonisch zu erreichen. Das hat nicht funktioniert. Jetzt ist ein Meldeläufer unterwegs. Ich warte noch mit der Abstimmung zu, aber verwende die Zeit. Ich hoffe, ich sei jetzt richtig, denn die Gäste auf der Tribüne sehen jetzt ein wenig nach Quarta aus. (*Der Präsident richtet sich an die Gäste auf der Tribüne. / Le président s'adresse aux visiteuses et visiteurs présent-e-s sur la tribune.*) Ist das vielleicht so? Interlaken? (*Die Gäste signalisieren, dass dies der Fall ist. / Les visiteuses et visiteurs signalent que c'est le cas.*) – Gut. Ich begrüsse auf der Tribüne als Besuchergruppe vom Gymnasium Interlaken, unter der Leitung der Klassenlehrerin Brigitte König eine Geschichtsklasse, die uns heute zuschaut. Wir hoffen, Sie erleben eine interessante Debatte. Herzlich willkommen im Rathaus. (*Applaus / Applaudissements*) Länger zögere ich es nicht mehr hinaus: Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Bericht so zur Kenntnis nimmt, stimmt Ja, wer die Kenntnisnahme ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2018.GEF.842; Kenntnisnahme)

Vote (2018.GEF.842 ; prise de connaissance)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Kenntnisnahme / Prise de connaissance

Ja / Oui 143

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diesen Bericht einstimmig, mit 143 Ja-Stimmen, zur Kenntnis genommen.